

Am Katzentisch in Brüssel ^[20]

Die Schweiz und die EU - Wie weiter?

Ein Vortrag von Dr. Ulrich Schlüer ^[21] an der 13. AZK-Konferenz. ^[9]

Zwischentitel, Hervorhebungen, Bemerkungen in [...] und die Quellen sind von mir. Der Rest entspricht dem, was der Redner vortrug.

Zukunft

Wir stehen vor schwierigen Entscheidungen. Sie werden wahrscheinlich rascher auf uns zu kommen, als wir es erwarten.

Wir leben in einer Demokratie. Also müsste man uns die Frage stellen: „Wollt ihr Mitglied der Europäischen Union werden? Ja oder nein.“ Weil die Antwort klar ist, ^[3] wird diese Frage aber nicht gestellt. Deshalb versuchen jene, die es möchten, auf anderem Wege hin zu gelangen. ^[22] Die Landesregierung hat ihr strategisches Ziel (tönt schön), die Schweiz in die EU einzubringen, nie aufgegeben. Daher versucht sie jetzt, es auf **Schleichwegen** und durch Hintertüren gehend zu erreichen. Wenn dann am Schlusse abgestimmt wird, bemerkt niemand, was getrieben wurde.

Ein Weihnachtsgeschenk

Es werden Sachzwänge geschaffen. Wenn wir darin gefangen sind, können wir ihnen nicht mehr entkommen.

Es begann vier Tage vor Weihnachten 2012. Der Bundesrat bekam einen Brief aus Brüssel mit dem Absender der Kommission der Europäischen Union. ^[23] Er war unterschrieben von José Manuel Barroso. Darin stand, die EU-Kommission habe am Verhältnis mit der Schweiz immer Freude gehabt. Aber in Zukunft seien bilaterale Verträge nur noch dann möglich, wenn sich unser Land an die Entscheidungsmechanismen der EU institutionell anbinden lasse.

Was heisst "institutionell anbinden"? Es ist ein politisches Wort. Es tönt schön; aber niemand weiss, was damit eigentlich gemeint ist.

Oder, genauer: Der Bundesrat wusste, was damit gemeint war. Er beschloss, einen Rahmenvertrag zu machen.

Ein Rahmenvertrag

Der soll über allen bilateralen Verträgen stehen. Es gibt davon eine Menge. Über 17 haben wir abgestimmt. Daneben bestehen noch etwa 150 weitere.

Im Mai 2013 war dieser Rahmenvertrag bereits ausgearbeitet. Doch **der ist völlig unnötig**, denn es gibt nichts Neues, worüber nun zu verhandeln wäre. ^[10]

Ein Non Paper – der Griff in die Trickkiste

Zuerst wurde ein "Non Paper" verfasst. In der Diplomatsensprache bedeutet dies: Auf beiden Seiten haben die höchsten Diplomaten unterschrieben. Aber die Regierungen selbst haben nicht unterzeichnet. **Ein Trick, denn wenn es die schweizerische getan hätte, wäre automatisch eine Volksbefragung nötig.**

In diesem "Non Paper" stehen die 3 Grundsätze, auf denen der Rahmenvertrag basieren soll:

1. Alles, was bisher zwischen der Schweiz und der EU verhandelt wurde, hat unser Land automatisch zu übernehmen, ohne dass es neu Stellung dazu nehmen kann. ^[24]

Beispiel: Wenn die EU nun etwas zum Gütertransport durch unser Land (worüber schon Vereinbarungen bestehen) beschliesst, müssen wir das akzeptieren und können nicht mitreden.

2. Falls es zu Meinungsverschiedenheiten kommen sollte, entscheidet der Europäische Gerichtshof. Sein Urteil ist für die Schweiz bindend und nicht anfechtbar.

Das bedeutet, dass fremde Richter über unser Land entscheiden. Wir sind im EU-Gerichtshof nicht vertreten.

3. Falls die Schweiz einen Entscheid der EU-Kommission nicht übernehmen kann, weil das Volk (im Gegensatz zum Bundesrat) nicht zustimmt, dann ist die **Europäische Union mit dem Einverständnis der Schweizer Regierung berechtigt, Strafmassnahmen gegen unser Land zu verhängen.** ^[11]

Der Bundesrat handelt „zügig“ ^[12]

Der Bundesrat hat innerhalb von wenigen Wochen beschlossen, die Verhandlungen auf der Basis dieser 3 Prinzipien zu führen. Brüssel war wahrscheinlich überrascht über die stramme Zustimmung und legte [bei dieser komfortablen Lage] gleich noch zwei weitere Auflagen vor.

4. Bisher musste die Schweiz einen sogenannten Kohäsionsbeitrag bezahlen, wenn sich die EU ausdehnte. Als es in Richtung Osteuropa ging, legten wir etwa 1 Milliarde [Euro] auf den Tisch. Dann folgten Rumänien und Bulgarien, was uns 450 Millionen [Euro] kostete. Jetzt steht Kroatien vor der Türe.

Die EU findet, es sei mühsam, uns immer wieder um einen Betrag bitten [betteln] zu müssen. Sie möchte es anders handhaben: **Die Schweiz bezahlt Jahresbeiträge so, als wäre sie ein Mitglied der EU.** ^[13]

5. Die EU fürchtet, die Schweiz würde nicht einhalten, wozu sie sich vertraglich verpflichtet. Sie fordert deshalb ein Überwachungsorgan. Diese von der EU eingesetzte Kommission hätte ihren Sitz in der Schweiz und müsste überprüfen, ob unser Land seinen Verpflichtungen nachkomme. ^[1]

Kurz: **Wir hätten wieder [fremde] Vögte im Lande und wären tributpflichtig.**

Die schlimme Ausgangslage

Dies ist die Ausgangslage. Der Bundesrat weiss, dass sein Plan ^[14] im Volke sehr schlecht ankommt. Der Ausdruck "automatische Übernahme" ist bei den Schweizerinnen und Schweizern verhasst. Über "Sanktionen" und "Strafmassnahmen" darf man schon gar nicht reden. Deshalb heisst es jetzt von Seiten unserer Landesregierung:

- Wir müssen, was von der EU kommt, nicht automatisch übernehmen, sondern es nur **dynamisch anwenden**. ^[25]
- Statt Sanktionen oder Strafmassnahmen könne die EU **Ausgleichsmassnahmen** treffen.

Verdrehungen

Unsere Regierung hat die Pflicht, sich so zu äussern, dass es die Leute verstehen. Diese geschwurbelten und vor allem täuschenden Formulierungen sind abzulehnen. Dazu kommt, dass man dem Volke, das entscheiden muss, die Vorlagen so mitteilen muss, dass verstanden wird, worum es genau geht.

Die nächste Abstimmung

Wir wissen noch nicht, wie die Vorlage heisst, über die wir wahrscheinlich 2017 abstimmen müssen. Der Bundesrat hütet sich davor, das jetzt schon preiszugeben. Sie wird höchst wahrscheinlich nicht unter "Rahmenvertrag" auftreten, obwohl es darum geht. Ich nehme an, sie wird etwa "Erneuerung des bilateralen Weges" oder "Bekräftigung des bilateralen Weges" genannt werden. ^[26]

Und das [hinter's Licht geführte] Stimmvolk denkt sich dann: 'Ist doch gut, mit diesem bilateralen Wege sind wir bisher nicht schlecht gefahren. Man kann das wieder einmal auf den neusten Stand bringen.'

Die Kuhschweizer ^[15]

Dabei wird verschleiert, was gemacht werden sollte. Es geht darum, dass die Schweiz zu einem Untertan der EU wird. Wenn sie nicht gehorcht, wird sie vom EU-Gericht verurteilt. Und wenn sie immer noch nicht pariert, dann gibt es Strafmassnahmen.

Das hat mit einem bilateralen Verhältnis nichts mehr zu tun! "Bilateral" verhandeln heisst "auf gleicher Augenhöhe" und souverän verhandeln. Wenn wir also der Vorlage des Bundesrats zustimmen, werden wir zur Befehlsempfängerin erniedrigt. Diese Vorlage wird von [teuflich denkenden] juristischen Gehirnen ausgebrütet und sicherlich so ausgearbeitet werden, dass das Volk nicht bemerkt, worum es geht.

Ein explosives Gutachten

Der Zürcher Staatsrechtler Prof. Daniel Thürer schrieb 2010 ein Gutachten zu diesem Rahmenvertrag. ^[27] Als der Bundesrat es in Empfang nahm, beschloss er sofort, dass es geheim gehalten werden müsse. Ein Jahr lang gelang das. Dann sickerten Informationen darüber durch. Die "Weltwoche" und die "Schweizerzeit" druckten Auszüge daraus ab, worauf die Landesregierung beschloss, es zu veröffentlichen. Dabei hat sie in Friedenszeiten kein Recht, solche Papiere vor dem Parlament zu verheimlichen. Es gibt in der Schweiz ein gesetzlich verankertes Mitbestimmungsrecht der aussenpolitischen Kommission in diesbezüglichen Angelegenheiten.

Das Gutachten enthält Dynamit. Es rät dem Bundesrat, das, was die EU beschliesst, als **Völkerrecht** zu bezeichnen. Das nun ist lächerlich. Der Chefredaktor der "Weltwoche" hat in seiner charakteristischen Weise darauf aufmerksam gemacht, dass dann auch zum Beispiel die Regelung über Cervelats als Völkerrecht zu verstehen wäre. ^[2]

Die Idee dahinter ist: Dem Völkerrecht kann sich niemand entziehen. Wer sich dem entzöge, würde sich in die Reihe der Schurkenstaaten stellen. Oder, und das ist noch viel wichtiger: **Über Vorschriften des Völkerrechts kann man keine Volksbefragungen mehr durchführen!**

Was wir wollen

Wir wollen, dass wir selbst bestimmen können, was in unserem Lande geschieht.

Die Guillotine-Klausel

Damit wird uns gedroht. Zum Beispiel: Wenn wir die Personenfreizügigkeit nicht so weiterführen, wie sie beschlossen worden ist, dann kann die EU die Guillotine fallen lassen, und alle 7 Verträge des 1. bilateralen Pakets sind nur noch Altpapier. ^[28] Wir sind weg vom Binnenmarkt, wirtschaftlich isoliert und der Verarmung preisgegeben.

Diese Argumente müssen wir uns ständig anhören - vor allem aus dem Bundesrat; aus Brüssel weit weniger. Die EU weiss natürlich, was in diesen Verträgen steht. **Sie wird nie und nimmer den Transitvertrag aufkündigen** und dann dreimal soviel zahlen müssen als jetzt, wenn es durch den Gotthard geht. Das würde die holländischen, belgischen, norddeutschen und italienischen Spediteure teuer zu stehen kommen.

Der Freihandel

Und nun das Wichtigste: **Der Freihandel steht in keinem der 7 Verträge, die der Guillotineklausel unterstehen.** Er wurde 1972 im Freihandelsvertrag abgeschlossen. Er wird von niemandem bestritten. Die Behauptungen etwa von Economiesuisse oder anderen Wirtschaftskreisen, wir würden in die wirtschaftliche Hölle geraten, wenn wir diese Verträge gefährdeten, sind haltlos.

WTO

Die Schweiz sowohl wie die EU gehören nämlich der WTO an. ^[16] Die hat ein Diskriminierungsverbot festgelegt. Falls die Schweiz nun wirklich diskriminiert werden sollte, könnte man sich dagegen wehren - wenn man denn wollte und die Courage dazu hätte.

Fehlende Courage

Die können wir bei den uns Regierenden immer wieder feststellen. Im Februar 2014 wurde die MEI, die Masseneinwanderungsinitiative angenommen.^[3]

Ursprünglich wurde von beiden Seiten vorausgesagt, die Personenfreizügigkeit würde uns pro Jahr etwa 8'000 Einwanderungen bringen. Der Bundesrat versicherte hastig, es würden sicher nicht mehr als 10'000 sein. Das lag völlig daneben. Die Zahlen schnellten auf 90'000 hinauf, auf die Bevölkerung einer Stadt wie St. Gallen.

Im Vertrag über die Personenfreizügigkeit (Artikel 14 und 18) steht nun:

Wenn sich die Verhältnisse gegenüber jenen, die bei Abschluss des Vertrags gegolten haben, massgeblich ändern, dann hat jede Seite das Recht, Nachverhandlungen zu beantragen.

- Die EU müsste die Einladung zur Neuverhandlung annehmen.

- Ich bin auch überzeugt, dass sie diese annehmen würde.

- Aber der Bundesrat stellt sie nicht einmal.

Fazit: Der Volkswille wird nicht umgesetzt. Stattdessen darf man jetzt irgendwo melden, man hätte eine offene Stelle.

Aber **der Vorrang der inländischen Arbeitnehmer vor den ausländischen, wie es die Abstimmung vorsah, ist aufgehoben.**^[4]

Das schlechte Gewissen

Aus dem Ständerat roch es [letztthin] nach schlechtem Gewissen darüber, dass man den Volkswillen mit Füßen tritt. Doch dann drohte ihm der Chefunterhändler de Wattwil:^[29] „Wenn ihr das jetzt nicht akzeptiert, dann sind wieder alle Verträge mit der EU gefährdet. Brüssel ist einverstanden mit dem, was der Nationalrat beschloss.“

Natürlich ist Brüssel einverstanden. Die Sache geht glatt über die Bühne. Die Schweiz hat auf ihr Recht auf neue Verhandlungen völlig verzichtet. Eigentlich sollte de Wattwil die Interessen der Schweiz vertreten.^[17]

Die Verfassung wird missachtet

Unsere Regierung missachtet die Grundlagen der direkten Demokratie - mit Rücksicht auf Brüssel. Man will eine institutionelle Anbindung an die EU.^[18]

Schuldenwirtschaft der EU

Was brächte uns eine institutionelle Anbindung an die Europäische Union? Diese Frage darf man sich immer stellen, wenn man sich irgendwo anschliessen will.^[19]

Zum Beispiel die Beteiligung an der Schuldenwirtschaft der EU. Das spüren wir schon an den Rettungsübungen, die unsere Nationalbank unternehmen muss oder doch will. Sie macht meines Erachtens zu viel. In der EU werden vierstellige Milliardensummen an gedrucktem Gelde in die Wirtschaft gesteckt, und es geschieht nichts.

Das Friedensprojekt EU

Europa war während Jahrhunderten von Kriegen erschüttert. In den 1940er und 1950er Jahren entstand die Vision für ein friedliches Europa.^[5] Allerdings war das "Gleichgewicht des Schreckens" der Grund, warum so etwas wie ein Friede entstand.^[6] Die guten Absichten waren da; aber was geschieht jetzt?

Jetzt steckt man alle Staaten Europas in die gleiche Wirtschaft, in die gleiche Währung. Die Folge ist, dass die Südländer in eine Armut fallen, wie sie es nach dem 2. Weltkrieg nicht mehr gegeben hat.^[7] Daraus kann kein Friede wachsen.

Sozialwerke

Nach dem 2. Weltkrieg sind Sozialwerke geschaffen worden, in der Schweiz die AHV. Sie bezwecken einen Ausgleich zwischen Arm und Reich. Jetzt wird Europa von Leuten überflutet, die diese Sozialwerke belasten, nur holen und nichts einbringen.^[8] Sie werden nie etwas einzahlen können, da sie nicht arbeiten. Bei uns machen die wahrscheinlich eine sechsstellige Zahl aus.

Aus einer solch bewusst unternommenen Zerstörung wächst kein Friede. Sie hat mit einem Europa der Vaterländer nichts mehr zu tun.

Bruder Klaus

2017 wäre sein 600. Geburtstag zu feiern. Die schweizerische Landesregierung hat bereits beschlossen, ihn zu ignorieren. Ich kann das nachvollziehen. **Wenn man daran ist, Gesetze zu machen, die uns fremden Vögten unterwerfen, dann ärgert die Erinnerung an Niklaus von Flüe nur noch.**

Worin besteht sein Verdienst? Er ermahnte die zerstrittenen Schweizer, mit Verstand zu handeln. "Seid einig", soll er den Standesvertretern empfohlen haben. "Mischt euch nicht in die Händel der Grossmächte ein." Ein weises Wort, das Vorwort für die Neutralität, quasi. "Schafft Gerechtigkeit im Innern."

Katzentisch

Meine Damen und Herren, wir müssen uns entscheiden. Wollen wir im nächsten Jahre den Geburtstag von Bruder Klaus feiern und weiterhin Schweiz bleiben, oder wollen wir zu den Grossen gehören, bei denen ein paar von unseren Leuten am **Katzentisch in Brüssel Platz** nehmen können. Sie werden nicht viel zu sagen haben, dürfen aber dabei sein.

Wir anderen aber würden nichts mehr zu melden haben und müssten uns auf Sanktionen gefasst machen, wenn wir rebellieren sollten.

Ich danke Ihnen.

Fazit (von mir)

Am schlechten Verhältnis zwischen der Schweiz und der Europäischen Union sind vor allem unser Bundesrat und grosse Teile des Bundesparlaments, aber nicht einmal nur die EU schuld. Soviel und in Kürze. Ich denke über einen längeren Text nach unter dem Motto, das etwa Gerhard Wisniewski empfiehlt: „Was will er uns (Schlüer) sagen?“ Oder auch: „Was soll ich jetzt über unsere Regierung und die EU denken?“ Schliesslich: „Was kann oder soll oder müsste ich tun?“

Quellen und Bemerkungen (von mir)

- [1] Selbstverständlich geschähe dies auf unsere Kosten, nehme ich einmal an.
- [2] Auch die EU-Verordnungen über Schnullerketten und Grillhandschuhe sind dann Völkerrecht.
- [3] Das Resultat war sehr knapp. Ich sage immer wieder: Das Volk muss sich **deutlicher** entscheiden. 50.3% sind Zufall. Der EU-geile Bundesrat muss nur auf bessere Zeiten warten. Ein prächtiger Wintersonntag kann das Ganze kippen – jedenfalls was das Stimmvolk betrifft.
- [4] Aufgehoben ist auch die Selbstbestimmung über die Höhe der Zuwanderung. Eine diesbezügliche Initiative wurde verworfen. Ich war allerdings sehr erstaunt, dass von der Seite der SVP falsche Zahlen genannt wurden, und habe einige Leute mit diesem Vorwurf konfrontiert, bekam aber keine Antwort.
- [5] Diese Wünsche kamen wegen der schrecklichen Kriege auf. Siehe VUP-Zeitung Jg. 1, Nr. 57: Die EU - gut gemeint, aber schlecht gemacht.
- [6] Dank der Kernwaffen haben wir so etwas wie einen Frieden, jedenfalls bei uns. Jeder weiss: Wenn er Atombomben einsetzt, wird auch er untergehen. Frieden dank Vorsicht oder Feigheit – wahrscheinlich ist die Menschheit zu keinem anderen fähig.
- [7] Auch der IWF hat seine Finger im Spiele. Siehe VUP-Zeitung Jg. 1, Nr. 13: IWF - Raubzug gegen die Menschheit
- [8] Zur „Masseneinwanderungswaffe“ siehe die VUP-Zeitung Jahrgang 1, Nummer 51 Von der Flüchtlingswelle überannt
- [9] https://www.youtube.com/watch?v=8_fE1b0Z8ic
- [10] Nötig ist er nur für die EU und unsere Bundesregierung samt Bundesparlament. Die wollen die Schweiz eben an die EU anbinden, wenn es schon nicht gelingt, sie dort einzubringen. Also Strick um den Hals und anketten. Das ist noch schlimmer als mitmachen, denn dann würden wir zu Sklaven gemacht.
- [11] Jesses! (Weil das Volk nicht befragt werden könnte, bliebe ihm nur noch zu murren.)
- [12] Der Bundesrat werde die Masseneinwanderungsinitiative „zügig“ umsetzen, verlautete von Seiten der Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für Justiz und Polizei kurz nach der Abstimmung im Februar 2014. Zügig à la Bernoise – mier wei de luege was mer chöi mache u nume nid gschpränggt u nid gjuftet u die angere o alose...
- [13] Bundesrat und Bundesparlament (jedenfalls seine Mehrheit) planen also, uns die Pflichten aufzubürden, ohne uns Rechte zu gewähren- Siehe Bemerkung [10].
- [14] Der Ausdruck „Plan“ ist viel zu gelinde dafür. Wenn er zustande käme, wäre er ein Verrat an unserer Verfassung.
- [15] Die „Kuhschweizer“ waren die Stallknechte in Deutschland.
- [16] Welthandelsorganisation
- [17] Ich weiss nicht, welchen Auftrag ihm unsere Landesregierung gegeben hat und fürchte, er handle nach ihren Weisungen.
- [18] Ein happiger Vorwurf; aber noch schlimmer ist, dass er berechtigt ist.
- [19] Ausser man ist unmündig und muss sich alles gefallen lassen.
- [20] Diesen Titel habe ich mir einfallen lassen.
- [21] Dr. Ulrich Schlüer ist Redaktor der „Schweizerzeit“. Er war von 1995 bis 2011 Nationalrat und vertrat die SVP.
- [22] Auf die Frage, weshalb viele die Schweiz in die EU einbringen möchten, gehe ich in meinem ausführlichen Kommentar in der nächsten VUP-Zeitung ein.
- [23] <http://www.zeit-fragen.ch/de/ausgaben/2013/nr4-vom-2112013/antwort-von-barroso-an-widmer-schlumpf.html>
- Ihre Exzellenz
Frau Eveline Widmer-Schlumpf
Präsidentin der Schweizerischen
Eidgenossenschaft
Bern, Schweiz
Sehr geehrte Frau Präsidentin
- Bezugnehmend auf mein Schreiben vom 7. Juli möchte ich Sie hiermit ... über die Position der Europäischen Union zu der in Ihrem Schreiben vom 15. Juni 2012 vorgeschlagenen institutionellen Lösung informieren...“
- Bei einer solchen Anrede muss einem das Herz im Leibe hüpfen!
- Dieses „institutionelle Gespenst“ wurde anscheinend in Bern geboren.
- [24] Das heisst, dass nicht einmal die Bundesregierung oder das Bundesparlament Stellung dazu beziehen dürfen, abgesehen davon, dass das Volk auch nichts mehr zu sagen hat. **Ist unserer Landesbehörde überhaupt bewusst, dass sie sich zu blossen Statthaltern erniedrigen würde?**
- [25] „Ich nehme zur Kenntnis, dass die Anpassung von Verträgen zwischen der EU und der Schweiz laut Ihrem Vorschlag nicht unbedingt automatisch, sondern **dynamisch** erfolgen und Ausnahmen ermöglichen sollte.“ So Barroso weiter. Was heisst hier „dynamisch“? Es sollen sogar Ausnahmen möglich sein!
- [26] Ich schlage „Dynamische institutionelle Umsetzung der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union“ vor. Im Untertitel oder Kleingedruckten kann dann noch stehen: „Die Schweiz gibt damit, auf vielfältigen Wunsch ihrer klarsichtigen Eliten, ihre provinzielle Eigenständigkeit auf.“
- [27] „In Bezug auf die völkerrechtliche Ebene ist festzuhalten, dass keine der erwähnten Massnahmen eines obligatorischen Volks- und Ständereferendums bedürfte.“ Das ist aus dem Zusammenhang gerissen, ich weiss es; aber ich habe noch nicht feststellen können, um welche Massnahmen es hier gehen soll. Was Juristen schreiben, kann ohnehin niemand (ausser ihnen selbst) verstehen. Aus der Reaktion des Bundesrats kann man allerdings schliessen, dass es giftig war und der Öffentlichkeit nicht bekannt gemacht werden durfte.
- https://www.eda.admin.ch/content/dam/dea/de/documents/studien/Gutachten-ueber-moegliche-Formen-Umsetzung-u-Anwendung-BA_de.pdf
- [28] Die Bilateralen I sind – mit Ausnahme des Forschungsabkommens – klassische Marktöffnungsabkommen und behandeln:
- Personenfreizügigkeit
 - Technische Handelshemmnisse (auch MRA – «Mutual Recognition Agreement» – genannt)
 - Öffentliches Beschaffungswesen
 - Landwirtschaft
 - Landverkehr
 - Luftverkehr
 - Forschung
- <https://www.eda.admin.ch/dea/de/home/europapolitik/ueberblick/bilaterale-1.html>
- Das sind Abmachungen, von denen beide Seiten profitieren – deshalb bilateral.**
- [29] Jacques de Watteville, seit 2015 EU-Chef-Unterhändler der Schweiz. (Wikipedia)